

Protokoll Mitgliederversammlung Flüchtlingsrat NRW e.V. vom 22.01.2022

Versammlungsleitung: Ali Ismailovski

Protokoll: Birgit Naujoks

1. Begrüßung und Verabschiedung des Protokolls der letzten MV

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde wird das Protokoll der MV vom 13.11.2021 ohne Einwände genehmigt.

2. Thema: Venezuela (Referentin: Simone Lehmann, Misereor)

Die wesentlichen Inhalte des Vortrags sind der beigegeführten Präsentation zu entnehmen. Zusätzlich berichtet die Referentin Folgendes bzw. antwortet auf Fragen:

Seit 2015 seien etwa sechs Mill. Menschen aus Venezuela geflüchtet. Es sei schwierig, die Migration in bestimmte Kategorien zu fassen. Viele machten sich aufgrund der desolaten sozialen Situation auf den Weg, es gebe jedoch auch schwere Menschenrechtsverletzungen, u.a. rabiante Vorgehensweisen gegen Menschenrechtsaktivistinnen. Die UN spreche von einer humanitären Krise. Diese sei nicht ausgelöst durch ein einzelnes Naturphänomen, auch nicht durch einen kriegerischen Konflikt, sondern weise eine Multidimensionalität auf. Früher sei Venezuela bezüglich der Infrastruktur ein vorbildliches Land gewesen. Die staatlichen Strukturen funktionierten nun nicht mehr ordnungsgemäß. Neben Haiti sei Venezuela das einzige Land in Lateinamerika mit extrem fragilen Strukturen. Die Politik eines ehemals reichen Landes habe zu viel Armut und Menschenrechtsverletzungen geführt. Das liege unter anderem an der einseitigen Konzentration der Wirtschaft an vorhandenen Ressourcen (u.a. Erdöl, Coltan, seltene Erden).

2015 kam ein Oppositionsbündnis an die Macht, der Präsident wurde von der Sozialistischen Partei gestellt. Die wirtschaftliche Situation hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt immer weiter verschlechtert. Die Konflikte in der Politik verschärften sich in der Folge. Nachdem die Nationalversammlung im Januar 2019 die Wiederwahl Nicolás Maduros für unrechtmäßig und künftige Regierungsentscheidungen für nichtig erklärt hatte, erklärte sich Juan Guaidó am 23.01.2019 während einer Kundgebung vor Anhängern in der Hauptstadt Caracas zum Interimspräsidenten des Landes.

Bei der Teilnahme an Demonstrationen seien über die Jahre mehrere hundert Menschen gewaltsam ums Leben gekommen. In einem Armutsviertel in Caracas sei das Militär mit über 200 Leuten „eingefallen“ – „zur Bekämpfung der Kriminalität“, dabei habe es über 20 Todesfälle gegeben. Berichtet werde auch von Fällen des Verschwindens von Menschen. Asyl positive habe Opferfamilien begleitet, in der Folge sei es dort zu Verhaftungen gekommen.

Nach offiziellen Angaben leben statt vor 2015 32. Mill. Menschen nur noch 28 Mill. Menschen in Venezuela, in diesen Zahlen sei die Migration von 2021 jedoch noch nicht berücksichtigt. Während es in Caracas extreme Blasen des Luxus und des Reichtums gebe, lebe die Mehrheit der Venezolanerinnen in Armut, sieben Mill. Menschen seien auf humanitäre Hilfe angewiesen. Diese komme aber nicht immer bei den Bedürftigen an, sondern werde seitens der Regierung an die politische Parteizugehörigkeit bzw. der

Einstellung gegenüber der Regierung geknüpft. Regimekritikerinnen bekämen keine Hilfspakete. Aufgrund mangelnder Infrastruktur komme zudem im Amazonasgebiet und im Osten des Landes nur wenig Hilfe an. Durch die Sanktionspolitik der USA kämen dringend benötigte Güter nicht mehr ins Land. Der Iran sei ein wichtiger Kooperationspartner, er habe Öl und auch Gesundheitsstoffe nach Venezuela geschickt, sicherlich auch aus Solidarität, weil der Iran selbst von Wirtschaftssanktionen betroffen ist.

Venezuela habe sich von einem Land mit mittlerem Einkommen zu einem der ärmsten Länder der Welt entwickelt. Der Mindestlohn betrage aktuell 2 Dollar/Monat. Allein 2021 habe die Inflation im sechsstelligen Bereich (100.000-200.000 %) gelegen. Es gab zwei Währungsreformen, 2018 wurden acht Nullen gestrichen, 2021 sechs Nullen. Die Bezahlung erfolge kaum noch in bar, sondern vielmehr digital, allerdings gebe es oft Internet- und Stromausfall, ansonsten werde in Devisen bezahlt. Geldüberweisungen aus dem Ausland (von Verwandten) seien individuell dringend notwendig zum Überleben, schafften jedoch andererseits Abhängigkeiten und hielten das System aufrecht.

Es gebe ein großes Netzwerk kirchlicher und nichtkirchlicher Organisationen, die innerhalb des Landes oder von außen Hilfe leisteten. Eine wichtige Akteurin sei dabei die Caritas, aber auch Brot für die Welt, Aktion Mensch, Adveniat, Jesuitenflüchtlingsdienst, Kindernothilfe, amnesty international u.a.

Es gehe bei den meisten Menschen um das tägliche Überleben. 80 % der Flüchtlinge seit 2015 seien in der Region verblieben. Viele Menschen seien aufgrund des Benzinmangels und mangelnden Geldes zu Fuß über die Hochanden in die Nachbarländer migriert. Kolumbien habe mit einer Million Menschen die meisten Venezolanerinnen aufgenommen, gefolgt von Ecuador mit 500.000. Es sei Migration in Länder erfolgt, die nicht auf Flüchtlinge vorbereitet waren. Deshalb hätten einige Netzwerke extreme Kraftakte hinsichtlich Koordinierung, Aufklärung etc. leisten müssen. Weitere elf Mill. Einwohnerinnen würden überlegen, innerhalb von Venezuela zu migrieren oder das Land zu verlassen.

Eine Verbesserung der Situation bzw. eine Perspektive für das Land sei nicht in Sicht. Es gebe immer wieder internationale Bemühungen, den Konflikt im Land zu lösen. Auch gebe es Organisationen im Land, die versuchten, die Spaltung zu überwinden. Es gebe vereinzelt Initiativen im landwirtschaftlichen Bereich zur Produktion von Lebensmitteln im eigenen Land, auch in den indigenen Gebieten, aber es fehle an Material, Saatgut, Dünger etc.

Hinsichtlich der Beschaffung von Papieren/Pässen bestehe gerade im ländlichen Raum das Problem des Zugangs und des Funktionierens der Behörden. Die Wartezeiten seien sehr lang und im ganzen Land sei Korruption verbreitet, Beamtinnen würden Devisenzahlungen fordern. Ohne Identitätsdokumente/Pass sei die Situation im Aufnahmeland schwierig, betreffend Zugang zur Gesundheitsversorgung, Bildung etc.

3. Thema: Aktuelles aus dem Bundestag

Der Referent Andrej Hunko, Bundestagsabgeordneter der Linken, fehlt unentschuldigt und ist auch telefonisch nicht zu erreichen.

4. Berichte aus den Initiativen

Es findet ein Austausch zur bevorstehenden Landtagswahl in NRW statt. Eine Teilnehmende weist darauf hin, dass sich bei einem Regierungswechsel auf SPD oder SPD/Grüne die Stimmenverhältnisse im Bundesrat ändern und dann die Pläne des Koalitionsvertrages der Bundesregierung umgesetzt werden könnten, deshalb sei bei der Wahl taktisches Denken wichtig. Sollte es zu einer Regierung unter Beteiligung der FDP kommen, blieben wahrscheinlich viele Positionen gleich, z.B. hinsichtlich der Verweildauer in Landesaufnahmeeinrichtungen, da die FDP auch intensiv am Bundeskoalitionsvertrag mitgewirkt hat. Es wird angeregt und diskutiert, mit dem Paritätischen in Verbindung zu treten, um ggf. gemeinsam beispielsweise eine Podiumsdiskussion zu veranstalten oder Forderungen/Wahlprüfsteine zu formulieren. Der Flüchtlingsrat NRW hat eine AG gegründet, in der ein Forderungspapier zur Landtagswahl erarbeitet wird. In der AG „flüchtlingspolitische Aktionen“ wird in Untergruppen zu einzelnen Themen gearbeitet, hier steht das Format noch nicht fest. Als Themenwünsche bei den Forderungen werden genannt: Art und Weise von Abschiebungen, Verstetigung des Programms Durchstarten in Ausbildung und Arbeit, Bleiberecht für Roma, Abkehr vom Stufenplan, Durchsetzen der Entscheidungen der HFK, Hygiene in Flüchtlingsunterkünften. Auf kommunaler Ebene finden aus dem Kreis der Teilnehmenden keine Aktionen zur Landtagswahl statt.

Thematisiert wird das Thema Zuweisungen. Aus Landesaufnahmeeinrichtungen wird bestätigt, dass bis November die Aufenthaltszeiten voll ausgeschöpft wurden, seitdem aber aufgrund der gestiegenen Belegungszahlen schnellere Zuweisungen, nach ein bis zwei Monaten, erfolgen, bei sog. guter Bleibeperspektive teilweise sogar schon vor der Anhörung. Nach Schwerte gab es 2019/20 keine Zuweisungen, weil die Stadt die Quote deutlich übererfüllt hatte, Ende November 2021 sind acht Personen, in 2022 bisher drei Personen zugewiesen worden.

In der ZUE Soest waren insgesamt etwa 150 „afghanische Ortskräfte“ untergebracht. Nur wenige davon sind tatsächlich als Ortskräfte anerkannt worden. Zehn Prüffälle sind noch offen, die anderen sind ins Asylverfahren verwiesen worden.

Anhand der nächtlichen Dublin-Überstellung einer Familie aus Oberhausen wird die Verbindlichkeit von Erlassen diskutiert. Eine Teilnehmende empfiehlt eine Resolution im Rat, dass Erlasse zu beachten sind.